

In dieser Ausgabe:

Seite 2:
Neues aus der
Stadtratsfraktion
DIE LINKE.

Seite 3:
Der Vorsitzende
hat das Wort

Seite 4:
Vor 75 Jahren:
Ausbau der Nazi-
herrschaft um
und in Dessau

Seite 11:
Katalog der Grau-
samkeiten der
schwarz-roten
Regierung

Seite 12:
Termine,
Ehrungen
Kontaktadressen

Wo ich stehe, ist kein Platz für Nazis!

Drei Jahre ist es nun schon her, dass sich die Nazis angesagt hatten und erleben mussten, dass sich die Bürger unserer Stadt erfolgreich wehren können. Es ist wieder soweit. Am 8. März wollen sie wieder aufmarschieren, mit ihren Lügen und rassistischen Parolen. Das Bündnis gegen Rechtsextremismus hat sich am 25. 02. 2008 getroffen und darüber beraten, wie wir uns als Bürger und Demokraten gegen diese Invasion der Demagogen wehren werden. Das Programm wird in der nächsten Woche stehen, wir unterstützen als Stadtverband die Aktionen, sind integriert und werden die uns zugedachten Aufgaben wahrnehmen. Geplant sind mehrere Veranstaltungen im Zentrum von Dessau, wir werden rechtzeitig darüber informieren und hier nicht vorgreifen.

Das Kurt-Weil-Fest ist am 8. März noch nicht zu Ende. Die internationale Aufmerksamkeit zum Geschehen in unserer Stadt wird größer sein als sonst. Es ist auch der Internationale Frauentag, ein wichtiger Tag im Kalender der Demokratieentwicklung und insbesondere auch der sozialistischen Bewegung. Es ist somit eine gute Gelegenheit zu zeigen, dass in Dessau-Roßlau die Zeichen der Zeit auf Frieden, Toleranz und Demokratie stehen. Nazis und deren Gedankengut haben bei uns keinen Platz, also geben wir ihnen auch keinen und zeigen es ihnen durch Teilnahme an den Veranstaltungen der Gegendemo am 8. März. Kommt mit Euren Familien und Freunden, sagt es den Nachbarn und ladet Gäste ein.

Sollten sich die Frauen fragen, wo soll ich denn nun hin, zur Demo oder nach Merseburg, zur Frauentagsfeier unseres Landesverbandes? Beides ist wichtig, entscheidet Euch, wichtig ist, dass ihr dabei seid, hier oder dort, und nicht zu Hause bleibt!!!

Die Redaktion



Neues aus der Stadtratsfraktion der Partei **DIE LINKE** Dessau-Roßlau



Klausurtagung der Fraktion in Wörlitz

Unser Beitrag zur Leitbilddiskussion

Die Mitglieder der Fraktion trafen sich am 09.02.2008 im „Ringhotel zum Stein“. Tagungsanlass war die Umsetzung der im Arbeitsplan der Fraktion festgelegten kommunalpolitischen Aufgaben im 1. Halbjahr 2008.

In Arbeitsgruppen wurden die Themenschwerpunkte

- Stadtmarketingkonzept und gesellschaft
 - „Bauhausstadt Dessau“
 - neue Hauptsatzung des Stadtrates
 - Schutz des kommunalen Eigentums
- diskutiert und mit Maßnahmen untersetzt.

Bei einem Besuch der Wörlitzer Brauerei informierten sich die Stadträte über die wechselhafte Geschichte der Brauerei und über den Stand einer Wiederinbetriebnahme der Brautätigkeit in diesem historischen Gebäude.

Ralf Schönemann

DWG Partner der Stadt Dessau-Roßlau

Als Stadtrat und Mitglied des Finanzausschusses ist mir die Haushaltssituation der Stadt mit dem strukturellen Defizit hinreichend bekannt. Als Mitglied des Verwaltungsrates der DWG kann ich mir vom sozialen Engagement und dem Handlungsfeld Sozialarbeit sowie der Unterstützung der städtischen Ämter durch diese Gesellschaft ein Bild machen und bin überzeugt, dass die DWG ein relativ sicherer Garant für eine Kooperation mit der Stadt ist.

Beispiele für das soziale Engagement sind:

- Übernahme Sponsorentätigkeit für SV 05 und DHV 96
- Mitarbeit im Arbeitskreis „Sicherheitspartnerschaft“ gegen Rechtsextremismus („Die Tür ist auf“)
- Kooperation mit Polizei und Ordnungsamt, Prävention in innerstädtischen Problem-bereichen (Naumannstr./Stadtpark)
- enge Zusammenarbeit mit Ausländerbeauftragten und Multikulturellem Zentrum zu Integrationsarbeit
- Mitinitiator zur Bildung des „Sozialen Runden Tisches“, aktive Unterstützung der ALG-II-Empfänger
- Zusammenarbeit mit Caritasverband in präventiver Jugendarbeit (Altersgruppe ab 14 Jahre)
- Kooperation mit Seniorenbeirat, Rotem Kreuz und Johannitern zum Thema: „Alters- und Generationenübergreifendes Wohnen“
- Bildung des Netzwerkes „Wohnen ohne Hindernisse“
- Aktive Zusammenarbeit mit dem Behindertenverband, Unterstützung des Vorhabens Kita „Glück und Frieden“
- Seit 1998: Beschäftigung von drei Sozialarbeitern zur Hilfestellung von Mietern und Integration von Migranten mit ca. 50 Nationalitäten

Das Handlungsfeld Sozialarbeit der DWG wird bestimmt

- bei Kindern, Jugendlichen und Familien durch die Aufdeckung von schwierigen Lebenssituationen, Vernachlässigungen u. a. durch „aufsuchende Tätigkeit“,
- bei älteren Bürgern durch die Aufrechterhaltung des selbst bestimmten

Lebens durch Kooperation mit Sozial- und Gesundheitseinrichtungen,

- bei Straffälligkeit durch Hilfestellung rechtskräftig Verurteilter bei Wiedereingliederung durch Vermittlung des Zugangs zu sozialen Systemen und
- bei der „Straßensozialarbeit“ durch die Kontaktaufnahme zu Jugendlichen in den Wohngebieten im Stil eines Streetworkers zur Konfliktberatung und -beseitigung.

Die DWG ist ein Unternehmen, welches sich am Stadtbau beteiligt und dies auch leisten kann. Durch die Rückbautätigkeit (mit Abriss und Verkauf) wird die DWG u.a. ihren Leerstand von 30,75 % im Jahre 2006 auf 25,22 % im Jahre 2009 senken. Als Kommunalpolitiker denke ich, dass mit einem kommunalen Unternehmen wie der DWG die Stadtentwicklung und der Stadtbau wesentlich einfacher zu gestalten ist als mit einem externen Partner. Ohne DWG und ihren beträchtlichen Marktanteil in der Stadt Dessau-Roßlau gäbe es diesen Stadtbau einfach nicht und es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, mit einem kommunalen Wohnungsunternehmen positiv auf die Stadtentwicklung Einfluss zu nehmen. Dabei muss der soziale Wohnungsbau eine zentrale Rolle spielen und ein fester zentraler Bestandteil stadtentwicklungspolitischer Gestaltung bleiben. Vor dem Hintergrund der rapiden Abnahme von Wohnungen mit Sozialbindung wird die Wohnraumversorgung durch kommunale Unternehmen aber immer wichtiger.

H.-J. Pätzold



Der Vorsitzende hat das Wort:

Es war schon was los in Dessau-Rosslau im Monat Februar. Das kann man wohl sagen. Der Karneval war angesagt, ist endlich vorbei. Dessau war unterwegs, nährisch zu sein, viele waren auf den Beinen, ich auch.



Da kam mir so der Gedanke, warum kommen eigentlich nicht so viele Leute zu Feierlichkeiten, die weniger dominant auf „all for fun“ ausgerichtet sind, also weniger Spaß und dafür mehr Sinnlichkeit anbieten. Aus aktuellem Anlass wünsche ich mir, dass bei den am 8. März geplanten Gegendemo Veranstaltungen viele Bürger unserer Stadt zeigen, dass es bei uns keinen Platz für Nazis gibt. Es ist ja klar, wo ich stehe, kann kein Nazi stehen. Das ist mein Platz, ich muss ihn aber rechtzeitig einnehmen. Das gilt für jeden von uns, der Demokratie lebt.

Unser Neujahrsempfang im Ensemble der Meisterhäuser, dem Kandinskyhaus, war gut besucht, passend organisiert hinsichtlich Veranstaltungsort, Reden und Bewirtung. So war der Tenor der Meinungen

derjenigen Besucher, die sich mir gegenüber dazu geäußert haben. Der Termin der Veranstaltung 14. 2. 2008, also Valentinstag, hat wohl auch ein wenig zur guten Stimmung beigetragen. Vielen Dank an alle, die mitwirkten, dass dieser unserer Neujahrsempfang zum Erfolg wurde.

Auf die zum Neujahrsempfang getroffenen Aussagen zu den Schwerpunkten unserer politischen Arbeit 2008 und unserer Vision für die Entwicklung unserer Region möchte ich hier nur insoweit eingehen, dass Dessau-Roßlau als

Oberzentrum nachhaltige Akzente setzen muss und wird in Richtung Innovation in Wirtschaft, Industrie, Kultur, Bildung, Umwelt und Demokratie-ausgestaltung. Die Wahrnehmung von außen sollte dadurch geprägt sein. Welche Rolle uns dabei zukommt, bedarf ausführlicher Information, Kommunikation und Diskussion, sowohl parteiintern als auch in relevanten Arbeitskreisen, in denen wir aktiv sind. Dabei soll jede Basisorganisation mitwirken, die eigenen Aufgaben im Rahmen unseres Stadtverbandes zu finden und zu übernehmen. Aus diesem Grund stelle ich als ersten Schritt unseren Arbeitsplan 2008 in den Mitgliederversammlungen der BO`n persönlich vor. Am 12. 2. 2008 habe ich das bereits in der BO „Sieben Säulen“ und in Rosslau getan. Die Resonanz war positiv.

Dem Neujahrsempfang ging voraus, eine Klausurtagung unserer Fraktion in Wörlitz. Es war schönes Wetter an diesem Sonnabend, den 9. 2. 2008. Dort wurde unter anderem über einen ganzen Tag besprochen und vertieft, worauf wir unsere politische Arbeit konzentrieren werden, im Stadtparlament, in den Ortschaftsräten und außerhalb. Mitwirken ist gefragt, sich Einsetzen für die Verwirklichung unseres guten und nach wie vor aktuellen Programms: Schutz unseres kommunalen Eigentums, Unterstützung der sozial Schwachen, ganzheitliche Entwicklung unserer Region, den Zentren Dessau und Rosslau mit deren Umfeld.

Wir sind offen für alle, die konstruktiv mitwirken wollen, unsere Ziele zu verwirklichen. Voranschreiten müssen und werden wir! Die Wahlerfolge in Bremen, Niedersachsen, Hessen und nun auch in Hamburg zeigen, dass unsere Partei mehr und mehr Anerkennung findet. Das ist Verpflichtung für uns, unseren Weg besonnen und konsequent weiter zu gehen. Dazu wünsche ich uns allen viel Erfolg!

Hantho, 80226



Gedenken am Mahnstein der Opfer des Konzentrationslagers der Nazis in Roßlau

Vor 75 Jahren: Ausbau der Nazi Herrschaft um und in Dessau

Weil die Nazis im Reichstag keine Mehrheit hatten, wurde der erst im November 1932 gewählte Reichstag bereits am 1. Februar 1933 aufgelöst und es wurden Neuwahlen am 5. März 1933 angesetzt. Kommunisten brachten am größten Schornstein der Raffinerie eine große Fahne mit der Aufschrift "Wählt Thälmann" an. Noch am 3.3.1933 versammelten sich 300 bis 400 Dessauer zu einer öffentlichen Kundgebung der KPD. Nach dem Reichstagsbrand und der Verhaftungs- und Terrorwelle können die Wahlen am 5.3.1933 nicht mehr als demokratisch bezeichnet werden. In der Nacht zum 5.3. wurden Scheiben des "Volksblattes" und an jüdischen Geschäften zertrümmert. Am Wahltag marschierte eine Kolonne "Hilfspolizei" (also SA) mit geschulterten Karabinern provozierend auch durch das Arbeiterviertel Heidestraße.

Am 5. März 1933 gab es erhebliche Veränderungen der Ergebnisse zugunsten der Nazis:

Ergebnisse der Reichstagswahlen in der Stadt Dessau:

	31.7.1932	6.11.1932	5.3.1933
NSDAP	24 546	21 979	25 577
SPD	21 713	20 542	19 201
KPD	3 307	4 775	5 149

Die Nazis hatten ihre Stimmenmehrheit endgültig gefestigt. Die SPD verlor weiterhin an Vertrauen der Wähler. Die KPD, bereits ihrer Legalität beraubt, verlor im Reich und in Anhalt Stimmen, in Dessau jedoch konnte sie ihren Anteil sogar steigern. Die Mandate der KPD wurden als ungültig erklärt. Die SPD protestierte nicht gegen diesen Bruch der Demokratie, weder im Reich noch in Dessau. Am 13. März überfiel SA die Arbeiter-Druckerei und die Redaktionsräume des sozialdemokratischen "Volksblattes für Anhalt". Das "Volksblatt" wurde verboten. Dadurch sicherten sich die Nazis in Dessau die Pressehoheit.

Die Nazis fühlten sich jetzt so stark, dass sie auf den liberalen OB Hesse verzichten konnten. Die Radau-SA hatte seine Entlassung bereits seit langem gefordert, aber Loeper und andere wollten ihn vorerst noch benutzen und sicherten ab, indem sie ihm den Nazi Paul Hofmann als Bürgermeister an die Seite stellten. Hofmann war Ende 1932 sogar kurzzeitig NSDAP-Gauleiter. Hesse leitete die Stadt also gemeinsam mit dem Gauleiter! Am 8.3.1933 trat Hesse von seinem Amt zurück. Gegen ihn wurden Vorwürfe wegen des Bauhauses als "Hochburg des Kulturbolschewismus" vorgetragen, dann durch den Nazi-Bürgermeister und Kulturdezernenten Harms. Kurzzeitig war Hesse in

"Schutzhaft". Er siedelte nach Dahlem über, wurde bis 1937 noch belästigt und lebte dann unbehelligt.

Die Nazis setzten kommissarisch vorübergehend Emil Ewers, Syndikus des Anhaltischen Arbeitgeberverbandes und Dessauer Rechtsanwalt, als OB ein. Ab 1.4.1933 fungierte Hans Sander als OB, Sohn eines Apothekers, Regierungs-Baumeister aus Quedlinburg, seit 1930 Mitglied der NSDAP. Ewers wurde dann Landrat des neu gegründeten Kreises Dessau-Köthen.

Sander fungierte zeitweise auch als Kreisleiter der NSDAP. In der SS stieg er bis zum Obersturmbannführer auf. Ihm an die Seite gestellt wurde als 1. Stadtrat, dann als Ständiger Stellvertreter und Bürgermeister Dr. Richard Harms, bereits seit dem 9. November 1932 zur Nazibewegung gehörend, Rechtsanwalt in Dessau, bereits 1932 dem liberalen OB Hesse an die Seite gestellt. Harms war zugleich Kulturdezernent. Er fühlte sich zur Dichtung berufen, redete von der "Befreiung der deutschen Seele durch die Machtergreifung Adolf Hitlers" und veröffentlichte Gedichte im völkisch-mythischen Stil. Er bearbeitete den "Bauhausfall" in der Anklage gegen Hesse bis 1937.

Die Nazis besetzten alle entscheidenden Posten. Keiner von ihnen war "Arbeiter", wie die NSDAP sich lügnerisch nannte. Weitere Nazi-Gegner wurden verhaftet, darunter am 31.3. der Lehrer Willy Schöpfel, der wegen seiner Tätigkeit für die Jugendweihe zuvor übel von der Landeskirche angegriffen war. Er war bereits zum 1.10.1932 von Roßlau nach Osternienburg strafversetzt. Im Dessauer Gerichtsgefängnis war er eine Zeitlang zusammen mit dem SPD-Parteisekretär Adolf Linke in einer Zelle.

Der Reichstag trat am 23. März 1933 zusammen, ohne die 81 Abgeordneten der KPD, von denen die meisten bereits verhaftet waren. Zuvor organisierten die Nazis das Spektakel in der Potsdamer Garnisonskirche, zu dem Hindenburg in seiner Uniform als kaiserlicher Generalfeldmarschall erschien. Zur Abstimmung im Reichstag stand das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", faktisch die Ausschaltung des Parlaments. Alle bürgerlichen Parteien stimmten dem Gesetz zu, das entsprach ihrer politischen und moralischen Kapitulation. Für die SPD hielt Otto Wels eine noch heute als mutig gerühmte Rede. Aber seine Rede begann mit der Zustimmung zur Außenpolitik Hitlers. Mit keinem Wort erwähnte er die Aberkennung der Mandate der KPD und die Verhaftung der KPD-Abgeordneten,

sogar die Verhaftung von SPD-Abgeordneten ließ er unerwähnt.

Dazu gehörte der am 12.3.1933 verhaftete Dessauer SPD-Reichstagsabgeordnete Gerhart Seger. Wels vermied auch jegliche Aufforderung zur Gegenwehr.

Dieser passiven, defensiven Haltung des Parteivorstandes entsprach in Dessau die Haltung von Heinrich Peus und Heinrich Deist, die jeglichen aktiven Widerstand gegen die Nazis ablehnten und die Illusion vertraten, der "Nationalsozialismus" werde bald an seinen inneren Widersprüchen zu Ende gehen. In den Erinnerungen von

Heinrich Deist ist keinerlei Hinweis zu finden, dass er an Aktionen gegen die Nazis teilgenommen habe.

Fotos:

Emil Ewers



Hans Sander



Dr. Richard Harms



Wir zeigen die Fotos dieser Dessauer Faschisten wegen eines aufschlußreichen Vergleichs: Diese Nazi-Spitzenkommunal-Beamten sind in dem Sonderheft der Reihe "Zwischen Dessau und Wörlitz" abgebildet. Die dann folgenden Oberbürgermeisterinnen Lisa Krause, Maria Dank, Thea Hauschild und Sylvia Retzke dagegen waren nicht abbildungswürdig. Abgebildet wird als erster wieder Dr. Jürgen Neubert. Auch in solchen Details zeigt sich: Die Totalitarismus-Doktrin relativiert die Haltung zum Faschismus.

Literatur:

Otto Wels: Rede zum "Ermächtigungsgesetz" am 23.3.1933;

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 5, Berlin 1966, S. 9-54;

Günter Ziegler: Kommunale Spitzenbeamte Anhalts, Dessau 1995;

Richard Harms: Das Werk der Lebenden, Dessau 1938

Werner Grossert

Aus der Basis berichtet BO Sieben Säulen

Unsere Mitgliederversammlung am 12. 02. hatte den Vorsitzenden des Stadtverbandes als gern gesehene(n) Gast eingeladen.

Zum Thema standen die Arbeitsziele für das Jahr 2008. Wobei uns besonders daran gelegen ist, eine kontinuierliche Arbeit zu schaffen, die jedem Mitglied das Gefühl verschafft, etwas zu tun, das vor allem im Wohngebiet den Kreis der Sympathisanten erhält und erweitert.

Der Genosse Hans Thomas vermittelte uns aus der Sicht des Vorstandes die gegenwärtig günstigen Ausgangsbedingungen auch für die Stadt Dessau-Roßlau. Ausgehend von einer gestiegenen bundesweiten Akzeptanz der Partei „Die Linke.“ wird auch der zweitstärksten Stadtratsfraktion mehr Beachtung geschenkt.

Eine größere Kompetenz wird durch Vorgaben wesentlicher Themen der Kommunalpolitik erreicht, auch wenn diese noch nicht immer die notwendigen Mehrheiten zu ihrer Durchsetzung erlangen.

In der Frage Sozialpolitik wird eine konsequente Politik gemacht. Vor allem immer mehr Betroffenen der unsozialen Gesetzgebung des Staates BRD ist die Regionalstelle der Partei eine wertvolle Anlaufstelle geworden.

Wenn auch die anderen Parteien im Stadtrat auf das "Fürstentum Anhalt" bauen, so ist es für uns ein klarer Auftrag, die Orientierung auf ein innovatives Dessau-Roßlau als Wirtschaftsstadt und Stadt des Bauhauses und seiner Traditionen vorzunehmen.

Damit ein reelles Bild der DDR erhalten bleibt, sind alle GenossInnen aufgefordert, aus ihrem Leben bzw. über ihre Erfahrungen Niederschriften an die Typisch zu geben. Auch sollte mehr über die jetzigen Probleme und Ansichten Meinungen zu Papier gebracht werden, wie wir es z. B. vom Gen. Grossert kennen und der Gen. Hensel es in der Januarausgabe getan hat.

Auch Erlebnisse und Erfahrungen als persönliche Schicksale sollten nicht in Vergessenheit geraten.

Die Mitarbeit eines jeden Mitgliedes ist gefragt.

So muss auch erwartet werden, dass bei der weiteren Arbeit an den Eckpunkten des Parteiprogramms die Meinung der Basis eine Rolle zu spielen hat.

Wenn aber das Verstehen und das Einbringen der Basis notwendig dazugehört, müssen auch von dieser dementsprechende Gedanken kommen. Unsere „Typisch“ ist dazu ein gutes Forum.

In diesem Jahr sind, ohne dass bei uns Wahlkampf ist, zentrale Aktionen geplant, wie:

- Hartz VI muss weg;
- Mindestlohn aller Branchen der Wirtschaft;
- Kampf dem Rentenklau und der programmierten Altersarmut.

Mit wachsender Akzeptanz der Partei DIE LINKE. werden Themen diskutiert, die einmal die Hoffnung eines Mitgliederzuwachses erlauben.

Ein zentrales Thema bleibt bestehen: Wie kann durch Beiträge und Spenden insbesondere die Politikfähigkeit der Partei erhalten werden. Jedes Mitglied sollte statutenentsprechend seinen Beitrag leisten und den Möglichkeiten entsprechend eine sachbezogene Spende für Aktionen wie der Veranstaltung zum 1. Mai oder „Lieder gegen das Vergessen“ geben.

Im Rahmen unserer Diskussion konnten aufgetretene Fragen im Wesentlichen geklärt werden, die damit aber nicht vom Tisch sind.

So standen folgende Fragen bzw. Forderungen zur Debatte:

- Eine Privatisierung der Kinder- einrichtungen, wie auch anderer Bereiche ist ein Vergehen an der Bevölkerung. Bei Bildung, Erziehung oder Gesundheit darf

die Reduzierung der Sache auf die Kostenfrage nicht geduldet werden.

Bei der Mitgliederwerbung müssen solche Themen dominieren.

- Zu Entwicklungsfragen der Jugendlichen und deren Probleme sollten Veranstaltungen in geeigneten Einrichtungen geplant und durchgeführt werden.
- Was ist ein Rechtsstaat wert, wenn insbesondere staatliche Stellen gegen das gegebene Recht verstoßen, und dann von den Betroffenen erst das Recht einzuklagen, erforderlich ist.
- Zur Systemfrage gibt es in der Öffentlichkeit immer wieder Verwirrungen, wobei ein demokratischer Sozialismus auch die Systemfrage - wie im Programm enthalten, nur mehrheitlich durchsetzen kann.
- Zu den Fraktionssitzungen sind Gäste immer zugelassen, da diese Sitzungen öffentlich sind. Stadtratssitzungen sind ebenfalls öffentlich. Gemäß Tages- und Sitzungsordnung sind Fragen erlaubt.
- Der Fall UNICEF hat einen empfindlichen Rückschlag bei der Hilfe für die dritte Welt verursacht. Da aber das Projekt Dessauer Schulkinder, einen Brunnen für die Aktion „Trinkwasser für Kinder“ vorsieht, wird die Spendensammlung weiterhin aktiv unterstützt.

Wir danken dem Genossen Hans Thomas für seine Teilnahme als Referent und wünschen uns einen guten Start bei unserer politischen Arbeit in der Basis.

Um die diskutierten Ziele evtl. noch einmal nachzulesen, verweisen auch wir auf den Artikel „Der Vorsitzende hat das Wort“ in der Typisch September 2007.

BO Sieben Säulen
E. Rudolf



AUFRUF DES DESSAUER BÜNDNISSES GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Die drastische Zunahme von Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, das Abschneiden der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU) bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und die anwachsende Akzeptanz rassistischen und nationalistischen Gedankengutes erfüllen alle demokratisch gesinnten Menschen in Deutschland mit tiefer Sorge. Auch in den Nachbarländern der Bundesrepublik Deutschland wird diese Entwicklung aufmerksam und mit Besorgnis verfolgt.

Die leidvolle Geschichte Deutschlands lehrt, zu welcher Entwicklung derartige Erscheinungen führen können und welches Unheil für unser Land und andere Völker daraus entstanden ist.

Fremdenfeindlichkeit und menschenfeindliche Intoleranz waren die Hauptbotschaften des Wahlkampfes der neofaschistischen DVU, die mit einer millioenschweren anonymen Wahlschlacht die Straßen überzog.

Der Hinweis auf die sozialen Ursachen

von Protestwahlverhalten darf nicht davon ablenken: Rechtsextremismus ist zur wählbaren Alternative geworden!

Es ist ein gesellschaftliches Klima entstanden, in dem dumpfe rechte Parolen als vermeintliche Antwort auf soziale Probleme politikfähig werden.

Darum gilt es, den Anfängen zu wehren.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Appells rufen alle Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und Verbände, sowie alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich über weltanschauliche, politische oder interessen gebundene Unterschiede hinweg auf einen antifaschistischen Grundkonsens zu besinnen und sich zu einem lebendigen Bündnis gegen Rechtsextremismus zusammenzuschließen.

Gemeinsam, differenziert mit jeweils spezifischen Mitteln, wollen wir allen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Text, Wort, Symbolik und Tat gewaltfrei entgegentre-

ten. Dazu rufen wir auf!

Politik und Wirtschaft sind aufgefordert, durch umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Perspektivlosigkeit vor allem junger Menschen rechtsextremistischen Parolen den Nährboden zu entziehen.

Eltern, Großeltern, Lehrer und Erzieher sind aufgefordert, die junge Generation zu Toleranz und Verständigung zu erziehen und ihr die Lehren aus der Geschichte zu vermitteln.

Polizei und Justiz sind aufgefordert, Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund als solche zu benennen und mit den Mitteln des Rechtsstaates zu ahnden.

Wer die Verbrechen des III. Reiches verharmlost oder negiert, beleidigt die Opfer und gerät in den Verdacht, eine ähnliche Politik verfolgen zu wollen.

Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit sind willkommene Verbündete rechtsextremer Demagogen.

An die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dessau, an die Stadträte, an die Stadtverwaltung, an die Polizei, an die Mitglieder der Parteien, Gewerkschaften, Vereine und Kirchen!

Liebe Bürger von Dessau-Roßlau!

Aus gegebenem Anlass lesen Sie hier den damaligen Gründugsaufruf für das Bündnis gegen Rechtsextremismus von 1998:

Die fast vollständige Zerstörung Dessaus am 7. März 1945 gibt jährlich Anlass, der Toten zu gedenken. Dieser Tag bedeutete faktisch das Ende des von Nazi-Deutschland ausgehenden Eroberungs- und Vernichtungskrieges hier in Dessau.

Im April 1945 befreiten die Alliierten Dessau. Rechtsextremistische Kameradschaften und die mit ihnen verbundenen Parteien nutzen diese Gedenktage, um einen deutschen Opfermythos in der Bevölkerung zu verbreiten. Sie verharmlosen damit nicht nur die Verbrechen der Nazizeit, sondern missbrauchen die persönliche Trauer der Menschen für

die Verbreitung ihrer Demagogie.

Alle, die einer demokratisch orientierten Gesellschaft jeder undemokratischen den Vorzug geben, müssen sich überlegen, wie wir uns diesem Ansinnen der Nazis in den Weg stellen können. Macht euch Gedanken, schließt euch zusammen. Lieber EINEN Tag im Jahr aktiv mitgestalten, als irgendwann erkennen zu müssen, dass man sich leider damals, als noch Gegenwehr möglich war, rausgehalten hat.

Unterstützen Sie die Gegendemo

am 8. März 2008 !

Hartz IV und die Probleme

Leider ist es noch immer nicht gelungen, die Probleme zu klären, die vor allem bei den Kosten für die Unterkunft bestehen.

Mit der neuen Regelung der Stadt Dessau-Roßlau zum Thema Kosten für Unterkunft hat sich nicht viel verändert.

Es wurde bei den Kosten der Unterkunft für die zugestandenen Wohnflächen von 50 qm und 60 qm nichts geändert. Auch die Nebenkosten werden weiterhin mit 1 Euro pro qm berechnet. Darunter fallen alle Kosten wie Grundsteuer, Wasser und Abwasser, Kosten für Schornsteinfeger, für Hausstrom, Hausmeister, Gartenarbeiten, Müllgebühren. Diese Festlegung von einem Euro pro qm entsprechen dem Stand von 2004, also schon vor Einführung von Hartz IV.

Nachweislich sind seitdem die Kosten angestiegen. Seit September 2005 sind allein die Kosten für Müllgebühren um 93 % im Zuge der Neuregelung des Abfallgesetzes (Müllverbrennung) angestiegen.

Seit dem 01. 06. 2006 liegen die Kosten für Heizung bei ca. 9.00 Euro pro Monat für 60 qm Wohnraum.

Ab 01. 01. 08 sind bekanntlich weitere Erhöhungen angekündigt worden.

Dazu kommt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3%. Dies hat Auswirkungen auf die Nebenkosten und führt zwangsläufig zur Kostenerhöhung für den Endverbraucher. Aber diejenigen die diese Regelung befürwortet haben, sind ja wie immer nicht

davon betroffen. Es geht dabei nicht alleine um Bezieher von Hartz-IV-Leistungen. Es sind auch Personen betroffen, die Grundsicherung beziehen.

Wer da dachte, dass man hier eine Härtefallklausel einbezieht und danach alles besser wird, dem sei gesagt, dass diese Auslegung einfach nicht stimmen kann.

Die Bürokratie ist allgegenwärtig. Es werden die Beschlüsse des Landessozialgerichtes und stellenweise auch Urteile des Bundessozialgerichtes nicht zur Kenntnis genommen.

Auch im Sozialgericht Dessau-Roßlau hat man eine konservative Einstellung zu den Problemen von Hartz IV-Empfängern. So schreibt ein Richter an einen Kläger, den Kabelanschluss müsse er aus eigener Tasche zahlen. Dabei ist bei ihm der Kabelanschluss aber Bestandteil des Mietvertrages und wird von der Arge übernommen.

Besonders viel Ärger gibt es rund um die Erstattung der Heizkosten. Die Kommunen orientieren sich nicht an den tatsächlichen Kosten, sondern zahlen dafür nur eine Pauschale, die sie obendrein nicht den steigenden Energiepreisen anpassen. So auch in Dessau-Roßlau, wo seit 01. 05. 2005 die Heizkosten unverändert bei 1,28 Euro liegen, und davon soll der Hartz-VI-Empfänger noch rechtswidrig aus seiner Tasche 18% bezahlen für die Aufbereitung des Warmwasseranteiles.

Trotz aller Abschlüge bei den Miet- und Heizkosten kam es bislang nicht zu einer Welle von Zwangsumzügen. Der Grund dafür ist, die Menschen werden nicht direkt zum Umzug gezwungen, sie erhalten schlicht weniger Geld. Die meisten ziehen nicht um, oft mangels Alternative. Stattdessen bezahlen sie den Anteil der Wohnkosten, den die Arge nicht übernimmt, aus ihren ohnehin geringen Ersparnissen, aus den Einkünften eines Ein-Euro-Jobs oder aus der 347,00 Euro-Pauschale für den Lebensunterhalt. Die Leute werden in individuelle Lösungen gedrängt. So wird das Problem unter der Decke gehalten, aber es ist absolut akut. Zu erwartende Probleme werden sich dann in einigen Jahren angesammelt haben, wenn überhöhte Mietschulden aufgelaufen sind und es zu einer Welle von Zwangsräumungen kommen soll.

Es ist leider kein Einzelfall, wenn ein Mensch monatlich 170 Stunden arbeitet und auf Hartz IV angewiesen ist. Und dann bekommt er eine Aufforderung zum Wohnungswechsel aus Kostengründen, auch noch auf eigene Kasse. Mich jedenfalls macht allein der Gedanke daran schon wütend. Hier wird doch die Würde des Menschen mit Füßen getreten, und das gleich mehre Male!

Einmal mehr wird deutlich, dass das menschenverachtende Gesetz Hartz IV überfällig ist. Die Linkspartei tritt konsequent dafür ein: **Hartz IV muss weg!**

G. Liebscher

Moses Mendelssohn - Gesellschaft Dessau e. V. MMG

Mittelring 38, 06849 Dessau

Veranstaltungen - 1. Halbjahr 2008

März

Do., 06.03.08
18.00 Uhr,
MMG
Herr Thomas Lackmann
liest aus seinem neuen Buch „Der Sohne meines Vaters“ Biographische Studie über Abraham Mendelssohn-Bartholdy

Mai
Mi., 21.05.07
17.00 Uhr,
MMG
Jahreshauptversammlung

April

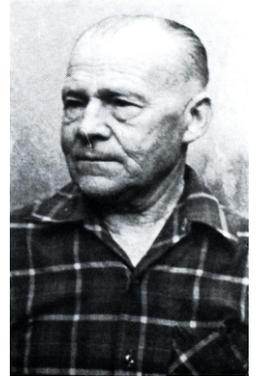
Do., 17.04.08
19.00 Uhr
MMG
Vortrag von Berndt Strobach (Wolfenbüttel): „Der Beitrag Anhalts zum hebräischen Stadtarchiv Dessau Buchdruck um 1700“
Lange Gasse Gemeinsame Veranstaltung der mit dem Verein für Anhaltische Landeskunde, in Zusammenarbeit mit der Moses Mendelssohn-Akademie Halberstadt

Juni

Mi., 11.06.08
Führung im Mendelssohn-Bartholdy Haus in Leipzig
(Fahrt mit Zug, Bus oder Auto)

Zeitbezüge:

- 03.03.1933 Durch Verrat fällt Ernst Thälmann den Faschisten in die Hände.
Erstes KZ in Nohra bei Weimar.
- 04.03.1933 In seiner Antrittsrede als 32. Präsident der USA stellt Franklin D. Roosevelt sein New Deal gegen die Wirtschaftskrise u. Arbeitslosigkeit vor.
- 05.03.1933 Bei der Reichswahl, der letzten, an der sich die Arbeiter- und bürgerliche Parteien beteiligen konnten, stimmten trotz des Wahlterrors der Faschisten 30,6 % der WählerInnen für SPD u. KPD, die NSDAP erzielt 43,4 %.
- 06.03.1983 Bei vorgezogenen Bundestagswahlen kommt es zum Wahlsieg der CDU/CSU, in deren Ergebnis Helmut Kohl am 29. 03. wieder zum Bundeskanzler gewählt wird. Erstmals gelangten »Die Grünen« in den Bundestag.
- 08.03.1908 Eine Demonstration amerik. Arbeiterinnen gab den Anstoß für die Einführung eines internat. Frauentages (ab 1911, zunächst zu unterschiedlichen Zeitpunkten).
- 08.03.1993 Der Internationale Frauentag wird als Unterschriftentag für die Abschaffung des Paragraphen 218 im Strafgesetzbuch der BRD gestaltet: »Dessauer Initiative«
- 09.03.1933 Die Hitlerregierung annulliert die 81 Reichstagsmandate der KPD u. erlässt Haftbefehle gegen alle Abgeordneten.
- 10.03.1958 In der BRD konstituiert sich ein von breiten politischen Kräften getragener Arbeitsausschuss »Kampf dem Atomtod«, dem führende Sozialdemokraten u. Gewerkschaftler sowie die Kirchen angehören.
- 10.03.1993 »Politik aktuell« im »Roten Keller« mit Sahra Wagenknecht.
- 14.03.1883 Todestag von Karl Marx (125!)
- 16.03.1968 Soldaten der 11. US-Infanteriebrigade erschießen 503 Bewohner des vietnamesischen Dorfes Son My, fast die gesamte Dorfbevölkerung, darunter 172 Kinder u. 182 Frauen, von denen viele zuvor vergewaltigt wurden. Der kommandierende Leutnant William Calley wird 1971 zu lebenslanger Haft verurteilt, Nixon verfügt tags darauf eine Umwandlung der Strafe als Hausarrest, der dreieinhalb Jahre später auch aufgehoben wird.
- 16.03.1988 Rund 500 Menschen sterben bei irakischen Giftgasangriffen auf Halaya Khormal in der kurdischen Autonomieregion in Nordirak, weitere Tausende an Spätfolgen. Auch deutsche Firmen halfen, die Produktionsstätten irakischer Chemiewaffen aufzubauen.
- 19.03.1908 Geburtstag des Dessauer Antifaschisten Erich Jahn, Mitbegründer des Dessauer RFB u. Kampfgefährte von Hans Heinen.
(Bild: Erich Jahn)
- 19.3.1958 Beginn der konstituierenden Sitzung des Europaparlaments in Straßburg.
24-stündiger Generalstreik von 300.000 Kommunalarbeitern in der BRD u. Westberlin unter der Losung: »Moneten statt Raketen«
- 20.03.1933 Der Polizeipräsident Münchens, Heinrich Himmler, ordnet die Errichtung des ersten offiziellen Konzentrationslagers der SS in einer ehemaligen Pulver- u. Munitionsfabrik im oberbayrischen Dachau an.
- 20.-25.03.1958 Nach heftigen Debatten beschließt der Bonner Bundestag gegen den Willen der Oppositionsparteien die von Adenauer geforderte Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen.
- 21.03.1933 Eröffnung des am 05. 03. gewählten Reichstages in der Garnisonskirche zu Potsdam, sog. »Tag von Potsdam«.
- 23.03.1933 Der Deutsche Reichstag nimmt gegen die Stimmen der SPD das Ermächtigungsgesetz an, das der Hitlerregierung gesetzliche Willkür erlaubt.
- 24.03.1933 Bankadresse des Reichsverbandes der deutschen Industrie an Hitler für die Sicherung der Wirtschaft vor »Störungen u. politischen Schwankungen«.
- 28.03.1933 Loyalitätserklärung der Fuldaer Bischofskonferenz für die Hitlerregierung.
- 31.03.1933 Gleichschaltung der Länder mit dem Reich u. Auflösung der Länderparlamente mit Ausnahme Preußens.
- 31.03. 1958 Der Oberste Sowjet der UdSSR beschließt die einseitige Einstellung aller Atom- u. Wasserstoffexperimente. A. K.

**Anmerkungen zu den Zeitbezügen:****3. März 1933 Ernst Thälmann verhaftet**

Der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann wird am 03. 03. 1933 in seinem Quartier in Berlin-Charlottenburg verhaftet u. in Berlin-Moabit unter »Schutzhaft« gestellt. Das

geschieht zwei Tage vor den Reichstagswahlen, wenige Tage nach dem Reichstagsbrand. Seine Frau Rosa, die in Hamburg wohnte, erfährt erst Tage später von der Verhaftung. Ein Prozess gegen Thälmann wird nie eröffnet.

als Nazideutschland u. die UdSSR 1939 ihre Beziehungen zeitweise verbessert hatten (sog. Hitler-Stalin-Pakt), setzt sich auch Stalin offenbar nicht für die Freilassung Thälmanns ein. Im August 1944 wird Th. im KZ Buchenwald auf Befehl Hitlers erschossen.

Anmerkungen zu den Zeitbezügen:

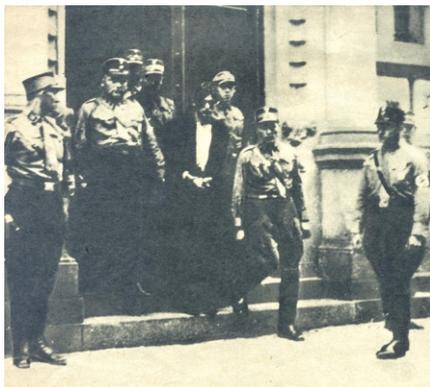
3. März 1933 Erstes KZ in Nohra

Die Spuren sind verwischt, das KZ in Nohra bei Weimar nahezu vergessen. Ein Brief, heute im Bestand des Thüringer Hauptstaatsarchivs, dokumentiert die Gründung.



Am 03. 03. 1933 bat der Thüringer KPD-Landesabgeordnete Fritz Gäbler, das Landtagsbüro in Weimar in einem Brief, seine Post nun an seine Frau zu schicken: »Da ich jetzt in Schutzhaft bin!« Absendeort: das Dorf Nohra. Dort nahm eine Spur seinen Anfang, die geradewegs in das spätere KZ Buchenwald mündete. In das KZ Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar hatten die Nazis von 1937 bis April 1945 rund 250 000 Menschen verschleppt. Mindestens 56 000 Häftlinge wurden ermordet od. starben an Folter, Zwangsarbeit od. medizinischen Experimenten. Das Lager Nohra gehörte zu den Vorläufern von Buchenwald. 100 Häftlinge waren es nachweislich am 03. 03. 1933.

5. März 1933 Reichstagswahlen



Neuwahlen zum Reichstag sollten den Nazis den Anschein voller Legitimität verleihen. Der Wahlkampf war bereits gekennzeichnet durch zahlreiche Polizeiaktionen, mit denen alle Sympathisanten der Arbeiterparteien eingeschüchtert werden sollten. Trotz erheblichen Stimmenzuwachses entsprach das Wahlergebnis nicht den Erwartungen der Nazis. Die

NSDAP erreichte 17.2 Millionen Stimmen (288 von 647 Mandaten). Das war nicht die angestrebte Mehrheit. SPD und KPD erhielten zusammen 12,029 Millionen Stimmen (SPD 7,18 = 120 Mandate; KPD 4,84 = 81 Mandate). Oder anders: NSDAP 43,9 % (mit DNVP 8,0 % = Regierungskoalition 51,9 %. Die 81 Mandate der KPD wurden auf Regierungsbeschluss am 09.03. annulliert. Der Parteivorstand der SPD erklärte zum Ergebnis der Reichstagswahl: »Unerschüttert, kampferprobt, gerüstet steht die Partei. Neue große Anforderungen wird die nächste Zeit an die SPD stellen. Wir sind ihnen gewachsen«.

6. März 1933 Die »Grünen« sind im Bundestag

Was heute wie eine Selbstverständlichkeit klingt, war 1933 eine politische Sensation. Am 06. 03. hatten mehr als zwei Millionen Wähler bei der Bundestagswahl dafür gesorgt, dass die »Grünen« über die 5%-Hürde kamen. Erstmals konnte die schon in mehreren Landtagen vertretene Alternativpartei zehn Frauen u. 18 Männer in den Bundestag entsenden. Das war das Ende des bis dahin de facto bestehenden Drei-Parteien-Systems. Mit den Grünen zog, zumindest vorerst, ein anderer Stil im Parlament ein. Symbol dafür waren die weißen Turnschuhe Joschka Fischers.

8. März 1908 Internationaler Frauentag



Seit 1911 wird der Internationale Frauentag begangen. Auf Anregung Clara Zetkins versammelten sich im März 1911 in Deutschland, Dänemark, Österreich, Schweden, in der Schweiz u. in den USA Frauen und forderten das Recht auf politische Mitbestimmung u. gleichen Lohn wie ihre männlichen Kollegen. Der zunächst vor allem am 19. 03. gefeierte Tag wurde 1914 vom SPD-Parteivorstand auf den 08. 03. verschoben. Der Anlass dafür war ein sehr trauriges Ereignis. Am 08. 03. 1908 demonstrierten 129 Tabak- u. Textilarbeiterinnen in New York dafür, dass ihre Lebens- u. Arbeitsbedingungen besser gestaltet werden sollten. Der Fabrikbesitzer war damit nicht einverstanden u. so schloss er die streikenden Frauen einfach in der Fabrik ein. Als unvermutet Feuer ausbrach, kamen alle Frauen in den Flammen um.

21. März 1933 »Tag von Potsdam«

Der nach den Wahlen am 05. 03. 1933 zum Reichsminister für Volksaufklärung u. Propaganda aufgestiegene Joseph Goebbels organisierte am 21. 03. 1933 in Potsdam einen Staatsakt, den »Tag von Potsdam«, der beweisen sollte, dass die Hitler-Bewegung in der Tradition des Bismarck-Reiches stand. In der Garnisonskirche, an den Gräbern Friedrichs des Großen u. seines Vaters, des »Soldatenkönigs«, ging die Hauptzeremonie vonstatten. Hindenburg erschien in der Uniform des preußischen Generalfeldmarschalls. Hitler trug, ganz Staatsmann, einen dunklen Cutaway.

»Dank im Verstehen, Herr Reichspräsident«, predigte Hitler, sei die »Vermählung vollzogen« worden »zwischen den Symbolen der alten Größe u. der jetzigen Kraft«. Goebbels notierte in seinem Tagebuch: »Ich sitze nahe bei Hindenburg u. sehe, wie ihm die Tränen in die Augen steigen.« Der Propagandacoup von Potsdam diente allerdings nicht nur dazu, die Symbiose der Nazi-Bewegung u. des bürgerlich-konservativen Patriotismus vor Augen aller darzustellen. Er war darüber hinaus die Vorbereitung auf ein Ereignis zwei Tage später, das die Selbstentmachtung der Parteien bedeutete: die Verabschiedung des sog. Ermächtigungsgesetzes.



Anmerkungen zu den Zeitbezügen: (Fortsetzung von Seite 9)

TAG VON POTSDAM
23. März 1933
von Horst Lommer

**Fahnen, Pauken und Standarten,
Bismarckwetter, Jubeltag,
zu Charlottenburg im Garten,
Sanssouci und Sarkophag.**

**Hier SA mit strammen Waden,
Reichsbischof mit Kreuzifix,
da ein Prinz von Gottes Gnaden,
Burschenschaft in vollem Wicks.**

**Orgelspiel und Hitlermärsche,
alte Weltkriegsgenerale
beugen ihre harten Ärsche,
preisen Gott im Dankchorale.**

**Und es weht durch diese Feier
an des ollen Fritzen Gruft
ein befreiender und freier
Schweiß-, Kommiss- und Lederduft.**

**Wenn der Reichsgreis mit dem Führer
durch die Kirchenpforte schreitet,
Feldmarschall und Tapezierer
heißer Segenswunsch begleitet.**

**Junger Führer, greiser Recke, neuer
Käpten, alter Kahn,
beides unter einer Decke,
Altersschwachsinn, Größenwahn.**

**Potsdam, Tannenberg und Leuthen,
und ein Stück Braunau dazu;
soll ich dir die Zukunft deuten,
liebes altes Deutschland du ?**



Nazi-Herrschaft gesichert

Die Reichstagsitzung in der Berliner Krolloper begann um 14.05 Uhr. Ein riesiges Hakenkreuz prangte an der Wand hinter der Rednertribüne. Männer der SA, der SS u. des »Stahlhelm« bewachten die Eingänge, etliche brüllten: »Wir fordern das Ermächtigungsgesetz, sonst gib't's Zunder!« Das Plenum war nicht vollzählig. 107 Abgeordnete fehlten. Die saßen mehrheitlich bereits in Haft. Ebenso die 26 Abgeordneten der SPD, die nicht anwesend waren. Hitler brauchte eine Zweidrittelmehrheit, u. deshalb tricksten Innenminister Frick u. Reichspräsident Göring. Unentschuldig fehlende Abgeordnete galten als »anwesend«, die KPD-Mandate wurden als nicht existent deklariert, so dass sich die »gesetzliche Mitgliederzahl« des Reichstages um 81 verminderte.

Dennoch, trotz dieser Manipulationen blieb die Koalition aus NSDAP u. DVP abhängig vom Verhalten des Zentrums u. der Bayrischen Volkspartei, den Parteien des politischen Katholizismus. Als Hitler, diesmal in brauner Uniform, versicherte, die christlichen Religionsgemeinschaften seien die »wichtigsten Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums« u. deren Rechte würden

nicht angetastet, durfte er sich dieser Stimmen sicher sein.

444 Abgeordnete stimmten schließlich für das »Gesetz zur Behebung der Not von Volk u. Reich«, dem sog. Ermächtigungsgesetz. Die 94 anwesenden SPD-Abgeordneten stimmten dagegen. **Dafür stimmte damals auch der Abgeordnete Theodor Heuss, später erster Bundespräsident der BRD.**

Schon am nächsten Tag trat das Gesetz in Kraft. Es gab der Regierung das Recht, Gesetze zu erlassen u. ohne Gegenzeichnung des Reichspräsidenten in Kraft treten zu lassen. Mit der schon Ende Februar erlassenen Reichstagsbrandverordnung waren nunmehr alle Grundrechte außer Kraft gesetzt, die totalitäre Herrschaft der Nazis war gesichert.

Am 24. 03. übermittelt das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Hitler eine Dankadresse. Auch der Hauptausschuss des Deutschen Industrie- u. Handelstages, der Reichsverband kommunaler und öffentlicher Arbeitgeberverbände, Vereinigungen der Industriellen u. a. wenden sich in den folgenden Wochen ebenfalls mit Dank- u. Treuerklärungen an Hitler.

(Im Bild: Hitler am Pult und Göring beobachtet das Verhalten der Opposition.)

A. K.



Katalog der Grausamkeiten

1. Fortsetzung

Nur noch bis 25: Kindergeld und Kinderfreibetrag

Kindergeld wird – gekürzt um zwei Jahre – nur noch bis zum 25. Lebensjahr gezahlt. Gleiches gilt für den Kinderfreibetrag. Diese Kürzung geschieht, obwohl das Alter von Hochschulabsolventen meist deutlich über 25 Jahre liegt.

Mehrbelastung laut Bundesregierung: 534 Millionen Euro

Abschaffung der Steuerfreiheit von Abfindungen

In Zeiten, da Unternehmen mit weiteren Massenentlassungen drohen, bedeutet dies, dass davon vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen sind, für die eine Abfindung die Zeiten der Arbeitslosigkeit zumindest zum Teil abfedern kann oder Teil der Altersvorsorge ist. Gewinne aus Betriebsveräußerungen und -aufgaben, die ebenfalls oft zur Altersabsicherung genutzt werden, werden aber gleichzeitig ermäßigt besteuert.

Mehrbelastung laut Bundesregierung: 2,5 Milliarden Euro (Entfernungspauschale), 300 Millionen Euro (Arbeitszimmer), 750 Millionen Euro (Sparerfreibetrag).

Mehrbelastung laut Bundesregierung: 400 Millionen Euro.

Energie: Für Privatmenschen wird's teurer. Mit dem Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen wird die Besteuerung von Biodiesel drastisch zunehmen. Auch wer noch darauf angewiesen ist, mit Kohle zu heizen, wird seit 2006 mit einer Steuererhöhung belastet.

Mehrbelastung laut Bundesregierung: 330 Millionen Euro.

II) Wie Konzerne und Großverdiener beschenkt werden:

Energie: Für Konzerne wird's billiger

Mit der Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen können sich viele Unternehmen über Steuererleichterungen freuen – bei der Stromerzeugung, in Seehäfen und in der Schiff- und Luftfahrt beispielsweise. Kohle zur Erzeugung von elektrischem Strom bleibt weiterhin steuerfrei.

Entlastung laut Bundesregierung: 260 Millionen Euro

Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen

Die Ausweitung der degressiven Abschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter seit Januar 2006 bis zum Inkrafttreten der Unternehmenssteuerreform 2008 soll zu mehr Investitionen führen – die Wirkung auf Investitionen und Arbeitsplätze ist umstritten, die Steuerentlastung hingegen wird von den Unternehmen auf jeden Fall mitgenommen, auch wenn sie ohnehin investieren wollten.

Entlastung laut Bundesregierung: 2,4 Milliarden Euro.

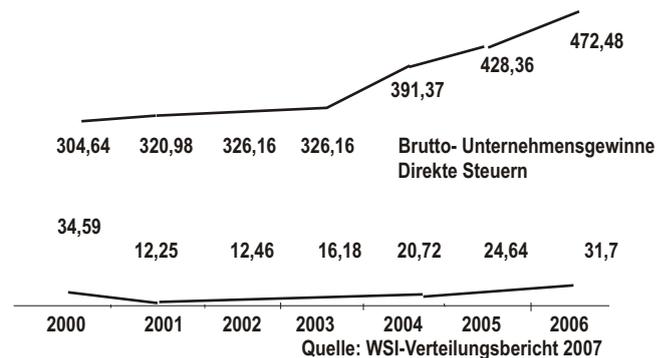
Unternehmenssteuerreform 2008 – Milliardengeschenke!

Nach der rot-grünen Unternehmenssteuerreform 2001 wird die Unternehmenssteuerreform 2008 die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden weiter schwächen. CDU/CSU und SPD peilen „auf mittlere Sicht“ eine Steuersenkung für Unternehmen von 5 Milliarden Euro an. Der renommierte Finanzwissenschaftler Prof. Lorenz Jarass hat für die Fraktion DIE LINKE nachgerechnet: Die rot-schwarze Steuerreform führt zu Entlastungen von mindestens 10 Milliarden Euro.

Unter anderem können sich Unternehmen und Großverdiener dabei über folgende Steuergeschenke freuen: Absenkung des Körperschaftssteuer-Satzes von 25 auf 15 Prozent, Senkung der Gewerbesteuerermesszahl von 5 auf 3,5 Prozent und die Einführung einer Kapitalabgeltungsteuer. Bei dieser sollen Einkommen aus Kapital – also z.B. aus Zinsen und Dividenden generell mit maximal 25 Prozent besteuert werden und damit nicht mehr mit dem individuellen Einkommensteuersatz. Der liegt derzeit für Spitzenverdiener bei bis zu 42 Prozent. Damit werden Menschen mit hohem Gesamteinkommen massiv entlastet.

Entlastung laut Bundesregierung: 5 Milliarden €, laut Experten: mind. 10 Milliarden €.

Gewinne der Kapitalgesellschaften in Deutschland und darauf entfallende direkte Steuern (in Mrd. Euro)



Erbschaftssteuer für vererbte Unternehmen wurde weitgehend abgeschafft

Wenn die Lohnsumme in den 10 Jahren nach der Übertragung in keinem Jahr geringer als 70 % der durchschnittlichen Lohnsumme der letzten fünf Jahre vor der Übertragung war, wird auf vererbte Unternehmen kaum noch Erbschaftssteuer bezahlt. Offizielle Begründung: Die derzeitige Erbschaftssteuer gefährde angeblich die Existenz von Unternehmen, wenn diese vererbt werden. Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. musste die Bundesregierung aber eingestehen: Sie hat keinerlei Belege für diese Behauptung!

Zockerei auf Kosten der Steuerzahler: Steuerfreie Immobilienspekulation durch REITs

Real-Estate-Investment-Trusts (REITs) sind eine besondere Form von Immobilienfonds, die als Aktiengesellschaften an der Börse gehandelt werden können. Durch die Zulassung von REITs in Deutschland können diese nun vollständig der Körperschafts- und Gewerbesteuer entgehen. Voraussetzung dafür ist, dass die Erlöse zu mindestens 75 Prozent aus der Vermietung, Verpachtung oder dem Verkauf von Immobilien stammen und zu 90 Prozent an die Anteilseigner ausgeschüttet werden. Bis Ende 2009 sind aber auch die Gewinne aus dem Verkauf von Gewerbeimmobilien an einen REIT zur Hälfte von der Steuer befreit. Dies kommt vornehmlich Unternehmen zugute, die ihre zumeist unterbewerteten Immobilien profitträchtig veräußern wollen. Nutzen diese Unternehmen die veräußerten Immobilien selbst weiter, dann mindern die dafür entrichteten Pachtzahlungen wiederum in vollem Umfang den zu versteuernden Gewinn.

Entlastung laut Bundesregierung: 350 Millionen Euro.

Wird fortgesetzt.

Herzlichen Glückwunsch

Herzliche Glückwünsche
allen Genossinnen und
Genossen, die im März
2008 ihren Geburtstag
begehen!
Vor allem gehen
Glückwünsche an die
Genossin
Ursula Heinold
sowie an den Genossen
Otto-Harald Krüger
zum 60. Geburtstag.

DIE LINKE

Regionalgeschäftsstelle Anhalt
Tel.: 0340-2508570

DIE LINKE Stadtverband
Dessau-Roßlau
Karlstraße 4
Telefon: 0340-2201950
E-Mail:

die_linke_dessau-rosslau@t-online.de

Sprechzeiten:

Mo. bis Do. 14.00 - 18.00 Uhr
Freitag 14.00 - 16.00 Uhr
sonst nach Vereinbarung.

**Fraktion der Partei *DIE LINKE*
im Stadtrat Dessau-Roßlau**

Alte Mildenseer Straße 17
Tel./Fax: :0340 / 2203260/1

E-Mail:

pdsfraktiondessau@datel-dessau.de

Termine für März 2008:

- Mo, 03. März, 16.00 Uhr, Geschäftsstelle Karlstraße:
Öfftl. Mitgl.-Vers. BO Nord/Waldersee
Thema: Die Linke u. die Nation (A.Krüger)
- Di., 04. März, 10.00 Uhr, Geschäftsstelle Karlstraße:
Beratung des Seniorenbeirates
- Di., 04. März, 18.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus (BBFZ), Erdmanns-
dorffstraße Nr. 3: Beratung des Dessauer
Bündnisses gegen Rechtsextremismus (BGR)
- Fr., 07. März, 63. Jahrestag des Bombenangriffs auf Dessau
(Veranstaltungen sh. Tagespresse)
- Sa., 08. März, **Internationaler Frauentag**
(Veranstaltungen sh. Beilage bzw. Tagespresse)
- Sa., 08. März, **Aktionen gegen die angemeldeten Neo-Nazi-
Demo durch Dessau** (sh. Aufruf bzw. Tages-
presse)
- Do., 13. März, 16.00 Uhr, Gaststätte Sportheim, Kienfichten:
Öfftl. Mitgl.-Vers. BO Sieben Säulen,
Thema: Die Linke in Deutschland und ihre
Ausdehnung in die alten Bundesländer
Gast: Frank Hoffmann
- Do., 13. März, 18.00 Uhr Galerie-Café: Eine Veranstaltung der "Rosa-
Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt,
Thema: Faschismus" oder "Nationalsozialismus"
ein sprachlicher oder politischer Unterschied?
Referent noch nicht bestätigt.
- Fr., 14. März, 125. Todestag von Karl Marx
Blumen an der Marx-Büste am Anhaltischen
Theater
- Do., 20. März, 17.30 Uhr, Geschäftsstelle Karlstraße:
"Typisch"-Redaktionssitzung
- Do., 20. März, 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Karlstraße:
Vorstandssitzung
- Mo., 24. März, 10.00 Uhr, Stadtpark:
Ostereiersuchen am Ostermontag
- Do., 27. März, 17.00 Uhr, Geschäftsstelle Karlstraße:
Beratung der BO-Vorsitzenden
u. Ausgabe der Typisch April 2008

TYPISCH links

Herausgeber: Stadtvorstand DIE LINKE
Dessau-Roßlau
Redaktion: H. Thomas, D. Schulze,
E. Rudolf, T. Kasper
Druck: -dte Gölzau
Preis: Spende

Redaktionsschluss
für die Typisch April 2008
ist Donnerstag der
20. März 2008



Programm



9.00 Uhr Anmeldung

9.30 Uhr Musikalischer Auftakt
„Frauen sind die Hälfte dieser Welt“
 MissKLANG (Halle)

Begrüßung im Namen der Veranstalter:
 Carmen Niebergall, Vorsitzende des
 FrauenOrte Sachsen-Anhalt e.V. | Grußwort
 Jens Bühligen, amtierender Bürgermeister
 Merseburg | Grußwort Ute Fischer, Vor-
 sitzende des Landesfrauenrates Sachsen-
 Anhalt e.V.

11.45 Uhr Dr. Elke Stolze (Halle): **Die ersten FrauenStimmen
 aus der Region Sachsen-Anhalt in Parlamenten
 der Weimarer Republik**

Von 12.45 – 13.45 Uhr Mittagspause

13.45 Uhr Christiane Kloweit (Weimar):
**Frauen endlich am Ziel! – Wir sind Bundeskanzlerin!
 Und am Ziel des Genderismus?!**

10.00 Uhr Ausstellungseröffnung **„Von heute an für alle!
 Hundert Jahre Frauenwahlrecht“** in Finnland,
 Einführung Frau Dr. Marjaliisa Hentilä
 (Finnland-Institut, Berlin)

Musik

10.45 Uhr DamenWahl und MännerMacht !?!
 Eröffnung der Tagung durch Schirmfrau
 Dr. Helga Paschke, Vizepräsidentin des
 Landtages Sachsen-Anhalt

Tagungsmoderation:
 Christiane Kloweit (Weimar)

10.55 Uhr Dr. Gisela Notz (Berlin): **„Her mit dem
 Frauenwahlrecht!“** – Ein historischer Rückblick

14.20 Uhr Dr. Ursula Schröter (Berlin), Christian Schenk
 (Berlin): **10 Jahre Gender und nun?**

**ab
 15.00 Uhr** **FrauenTagsCafé und Theaterspektakel**
 (Gäste sind herzlich willkommen!)

16.00 Uhr Übergabe des neuen FrauenOrtes
Ständehaus Merseburg mit Grußworten des
 Landrates Frank Bannert, Saalekreis |
 Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.
 Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt |
 Carmen Niebergall, Vorsitzende FrauenOrte
 Sachsen-Anhalt e.V. am Ständehaus

Musikalischer Ausklang



Anmeldung



Ich nehme mit weiteren Person(en)
 an der Veranstaltung teil.

Name:

Anschrift:

Telefon/Fax:

E-Mail:

Datum:

Unterschrift:

Die **Tagungsgebühr** in Höhe von 5,00 € pro Person
 zahlen Sie vor Ort bei der **Anmeldung ab 9.00 Uhr**
 im Schlossgartensalon in Merseburg.

Rückmeldungen bitte bis 3. März 2008 per E-Mail
 an info@landesfrauenrat.de oder per Fax an
 0391-7348356.

Veranstalter: DIE LINKE. Fraktion im Landtag von
 Sachsen-Anhalt, FrauenOrte Sachsen-Anhalt e.V.,
 ROSA LUXEMBURG STIFTUNG Sachsen-Anhalt,
 Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V., Fraktion
 im Stadtrat Merseburg DIE LINKE/Bündnisgrüne

DamenWahl und MännerMacht !?!

Internationaler Frauentag, 8. März 2008,
im Schlossgartensalon in Merseburg

Ohne FRAUEN ist
kein STAAT zu
MACHEN !?!

Die Frauenkonferenz der II. Internationale beschloss im Sommer 1910 in Kopenhagen künftig **jedes Jahr** einen Internationalen Frauentag durchzuführen. Im März 1911 demonstrierten Frauen erstmals zum Internationalen Frauentag für umfassende staatsbürgerliche Rechte, Verkürzung der Arbeitszeit, mehr Lohngerechtigkeit und gegen die drohende Kriegsgefahr. Für internationale Solidarität, für die Durchsetzung des Frauenwahlrechtes, für Frauenförderung und Lohngleichheit, gegen den berüchtigten § 218, gegen Gewalt gegen Frauen, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, gegen Massenarbeitslosigkeit und deren Auswirkungen für Frauen, gegen Krieg und Rüstungswahn gerichtet, ist er fester Bestandteil des Kampfes um die Beseitigung der vielfältigen Diskriminierungen von Frauen und für ihre gesellschaftliche Gleichstellung. Seit 1921 gilt der **8. März** als festes Datum für den **Internationalen Frauentag**.

Als am **12. November 1918** der Rat der Volksbeauftragten die Einführung des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts auch für Frauen verkündete, begann ein neues Kapitel politischer Partizipation in der deutschen Geschichte. Inzwischen ist das hart erkämpfte staatsbürgerliche Recht eine Selbstverständlichkeit und prägt unser Demokratieverständnis. Frauen mischen sich ein, sind an Macht beteiligt, gestalten Machtverhältnisse und damit auch Geschlechterverhältnisse. **Viel ist erreicht. Oder schon alles?** Verweigern sich deshalb zunehmend mehr Frauen und Männer hinsichtlich politischer Meinungsbildung und -entscheidung? Geben Frauen auf und sich mit dem Herd zufrieden, weil neue Abhängigkeiten eine wirkliche Machtteilung zwischen den Geschlechtern verhindern? Diesen und anderen Fragen wollen wir zum **98. Internationalen Frauentag** am **8. März 2008** nachspüren.



In unmittelbarer Nähe unseres Veranstaltungsortes befindet sich das **Ständehaus Merseburg**. Es diente von 1876 bis 1933 als Tagungsort für den Provinziallandtag der Preußischen Provinz Sachsen. Dem größten Kommunalparlament der Region gehörten seit 1921 **vierzehn Frauen** an. Für uns Anlass, hier an diesem neuen FrauenOrt künftig auf diesen Aspekt von Frauengeschichte in Sachsen-Anhalt hinzuweisen.